

TE Bvwg Erkenntnis 2020/4/16 W221 2229291-1

JUSLINE Entscheidung

⌚ Veröffentlicht am 16.04.2020

Entscheidungsdatum

16.04.2020

Norm

B-VG Art133 Abs4

GehG §23a

GehG §23b

Spruch

W221 2229291-1/2E

IM NAMEN DER REPUBLIK!

Das Bundesverwaltungsgericht erkennt durch die Richterin Mag. Daniela URBAN, LL.M. als Einzelrichterin über die Beschwerde des XXXX, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Christian Puchner und Mag. Martin Streitmayer, gegen den Bescheid des Landespolizeidirektors für XXXX vom 23.01.2020, Zl. PAD/19/02102876/001/AA, betreffend besondere Hilfeleistungen nach §§ 23a und 23b GehG 1956, zu Recht:

A)

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

B)

Die Revision ist gemäß Art. 133 Abs. 4 B-VG zulässig.

Text

ENTScheidungsgründe:

I. Verfahrensgang:

Mit Schreiben vom 18.10.2019 beantragte der Beschwerdeführer die Gewährung einer besonderen Hilfeleistung für Verdienstentgang gemäß den §§ 23a und 23b des Gehaltsgesetzes 1956 (GehG 1956). Darin führte er aus, dass er am 09.07.2018 gemäß dem Erlass des Bundesministers für Inneres, GZ BMI-EE2200/0057-II/2/b/2015 (Polizeidiensthundevorschrift 2015 - PDHV 2015), im Rahmen der Pflege und Haltung mit zwei Diensthunden unterwegs gewesen sei. Dabei habe er die Hunde an Flexi-Leinen an der rechten Hand gehalten. Einer der beiden Diensthunde habe eine Katze aufgespürt und habe ihm die Flexi-Leine mit einem massiven Ruck aus der Hand gerissen, wodurch er zu Sturz gekommen sei und sich den Daumen und das Handgelenk verletzt habe. Weiter habe sich ein Taubheitsgefühl im Daumen, Zeige- und Mittelfinger eingestellt. Der Vorfall sei von der Versicherungsanstalt

öffentlich Bediensteter (BVA) mit Bescheid vom 17.05.2019 als Dienstunfall anerkannt worden und er habe eine vorläufige Versehrtenrente zuerkannt bekommen. Er habe sich daraufhin vom 02.08.2018 bis zum 15.01.2019 im Krankenstand befunden. Die Feststellung der vollen Exekutivdiensttauglichkeit sei am 10.01.2019 durchgeführt worden.

Mit Schreiben vom 05.12.2019 teilte die belangte Behörde dem Beschwerdeführer mit, dass die Pflege und Wartung gemäß der PDHV 2015 nicht unter den im § 23a GehG 1956 enthaltenen Begriff "unmittelbare Ausübung von dienstlichen Pflichten" falle, da es sich um keine Pflicht handle, die in § 5 Abs. 3 des Sicherheitspolizeigesetzes (SPG) genannt sei. Weiter wurde ausgeführt, dass mit der Eingliederung des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes (WHG) in das GehG 1956 der Wegfall des Begriffes der "unmittelbaren Ausübung der exekutivdienstlichen Pflichten" bzw. die Abänderung in die Formulierung "in unmittelbarer Ausübung ihrer oder seiner dienstlichen Pflichten" als Voraussetzung für die besondere Hilfeleistung aus der Notwendigkeit entstanden sei, diese Hilfeleistung des Bundes für alle Bundesbediensteten gleichermaßen erbringen zu können, da auch auf nicht exekutive Bedienstete vermehrt tätliche Übergriffe festgestellt worden seien. Die Änderung der gesetzlichen Grundlage sei keinesfalls so auszulegen, dass nunmehr alle Dienstunfälle die Voraussetzungen für eine besondere Hilfeleistung nach den §§ 23a ff. GehG 1956 erfüllen würden. Die Voraussetzungen des § 23b GehG 1956 seien daher nicht erfüllt und es liege kein Fremdverschulden vor.

Mit Schreiben vom 11.12.2019 teilte der Beschwerdeführer der belangten Behörde mit, dass er aufgrund der PDHV 2015 verpflichtet sei, mit dem Polizeidiensthund für seinen Auslauf zu sorgen und er dies als dienstliche Tätigkeit ansehe, die ausreichend für die neue Gesetzeslage sei, da der neue § 23a GehG 1956 nur von dienstlichen Pflichten und nicht von dienstlichen Pflichten gemäß § 5 Abs. 3 SPG spreche. Auch interpretiere der Beschwerdeführer § 23b GehG 1956 nicht so, dass ein Strafverfahren gegenüber Dritten oder eine Zivilrechtsklage notwendig sei, um Ansprüche gemäß § 23a GehG 1956 geltend zu machen.

Mit im Spruch genannten Bescheid vom 23.01.2020, zugestellt am 27.01.2020, wurde der Antrag des Beschwerdeführers abgewiesen. Begründend wurden im Wesentlichen die bereits im Schreiben vom 05.12.2019 gemachten Ausführungen wiederholt, und festgehalten, dass die Pflege und Wartung des Diensthundes gemäß der PDHV 2015 keine unmittelbare Pflicht, sondern maximal eine mittelbare Dienstpflicht des Diensthundeführers darstelle. Hinzu komme, dass Fremdverschulden im konkreten Fall nicht gegeben sei.

Gegen diesen Bescheid er hob der Beschwerdeführer fristgerecht Beschwerde, in welcher erneut vorgebracht wurde, dass der gegenständliche Unfall als Dienstunfall des Beschwerdeführers anzusehen sei, welcher sich in unmittelbarer Ausübung seiner dienstlichen Pflichten zugetragen habe. Zudem habe der Unfall eine Körperverletzung und Gesundheitsschädigung des Beschwerdeführers zur Folge gehabt, weswegen er auch im Krankenstand gewesen sei. Diensthunde würden der Bewaffnung der Wachkörper dienen und auch wenn der Diensthundeführer durch seinen Dienst in der Freizeit verletzt werde, handle es sich dennoch bei dem die Verletzung verursachenden Hund um einen Polizeidiensthund. Es sei daher grundsätzlich von einem Fremdverschulden auszugehen. Eine gerichtliche Entscheidung könne jedoch nicht erfolgen, weil es nicht möglich sei, den Diensthund oder eine andere Person strafrechtlich oder zivilrechtlich zu belangen. Dem Beschwerdeführer sei daher sein durch die Verletzung entgangenes Einkommen gemäß § 23b Abs. 4 GehG 1956 zu ersetzen.

Die gegenständliche Beschwerde und die Bezug habenden Verwaltungsakten wurden von der belangten Behörde vorgelegt und sind am 05.03.2020 beim Bundesverwaltungsgericht eingelangt.

II. Das Bundesverwaltungsgericht hat über die zulässige Beschwerde erwogen:

1. Feststellungen:

Der Beschwerdeführer steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund und wird bei der Polizeidirektion XXXX, Polizeidiensthundeinspektion XXXX im Exekutivdienst als eingeteilter Hundeführer verwendet.

Der Beschwerdeführer erlitt am 09.07.2018 im Rahmen der Pflege und Haltung zweier Diensthunden gemäß der PDHV 2015 einen Dienstunfall, bei dem er sich den Daumen und das Handgelenk der rechten Hand verletzte, weil einer der beiden Diensthunde eine Katze aufgespürt und dem Beschwerdeführer die Leine mit einem massiven Ruck aus der Hand gerissen hat, wodurch dieser zu Sturz gekommen ist. Der Dienstunfall erfolgte ohne Einwirkung oder Verschulden einer anderen Person.

Der Beschwerdeführer befand sich aufgrund des von der BVA anerkannten Dienstunfalls vom 02.08.2018 bis zum 15.01.2019 im Krankenstand.

2. Beweiswürdigung:

Die Feststellungen ergeben sich aus dem Akt in Verbindung mit dem Vorbringen des Beschwerdeführers und sind unstrittig.

3. Rechtliche Beurteilung:

Gemäß § 6 BVwGG entscheidet das Bundesverwaltungsgericht durch Einzelrichter, sofern nicht in Bundes- oder Landesgesetzen die Entscheidung durch Senate vorgesehen ist. Eine derartige Regelung wird in den einschlägigen Materiengesetzen nicht getroffen und es liegt somit Einzelrichterzuständigkeit vor.

Gemäß § 24 Abs. 4 VwGVG kann das Verwaltungsgericht ungeachtet eines Parteiantrages von einer Verhandlung absehen, wenn die Akten erkennen lassen, dass die mündliche Erörterung eine weitere Klärung der Rechtssache nicht erwarten lässt, und einem Entfall der Verhandlung weder Art. 6 Abs. 1 EMRK noch Art. 47 GRC entgegenstehen.

Der Verwaltungsgerichtshof hat bereits wiederholt ausgesprochen, dass dienstrechtliche Streitigkeiten öffentlich Bediensteter unter den Begriff der "civil rights" im Verständnis des Art. 6 Abs. 1 EMRK fallen, insoweit derartige Streitigkeiten durch die innerstaatliche Rechtsordnung geregelte, subjektive Rechte oder Pflichten des jeweils betroffenen Bediensteten zum Gegenstand haben (vgl. VwGH 13.09.2017, Ro 2016/12/0024 mwN).

Demnach kann eine Verhandlungspflicht gemäß Art. 6 Abs. 1 EMRK nur dann entfallen, wenn die Ausnahmen für nicht übermäßig komplexe Rechtsfragen oder hochtechnische Fragen Platz greifen (vgl. VwGH 21.12.2016, Ra 2016/12/0067).

Da sich im vorliegenden Fall der Sachverhalt aus den Akten ergibt und es sich auch um keine übermäßig komplexe Rechtsfrage handelt, kann von einer mündlichen Verhandlung, abgesehen werden.

Zu A)

1. Die mit der Dienstrechts-Novelle 2018, BGBl. I Nr. 60/2018, neu ins GehG 1956 eingeführten §§ 23a und 23b GehG 1956 lauten wie folgt:

"Besondere Hilfeleistungen

§ 23a. Der Bund hat als besondere Hilfeleistung die vorläufige Übernahme von Ansprüchen zu erbringen, wenn

1. eine Beamtin oder ein Beamter

a) einen Dienstunfall gemäß § 90 Abs. 1 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes - B-KUVG, BGBl. Nr. 200/1967, oder

b) einen Arbeitsunfall gemäß § 175 Abs. 1 ASVG, BGBl. Nr. 189/1955,

in unmittelbarer Ausübung ihrer oder seiner dienstlichen Pflichten erleidet, und

2. dieser Dienst- oder Arbeitsunfall eine Körperverletzung oder eine Gesundheitsschädigung zur Folge hatte und

3. der Beamtin oder dem Beamten dadurch Heilungskosten erwachsen oder ihre oder seine Erwerbsfähigkeit voraussichtlich durch mindestens zehn Kalendertage gemindert ist.

Vorschuss zur besonderen Hilfeleistung

§ 23b. (1) Der Bund leistet als besondere Hilfeleistung einen Vorschuss (vorläufige Übernahme von Ansprüchen), wenn

1. sich die Beamtin oder der Beamte im Zusammenhang mit einem Dienst- oder Arbeitsunfall im Sinne des § 23a Abs. 1 an einem Strafverfahren beteiligt, das nach Prüfung des Bestandes der Ansprüche mit einer rechtskräftigen Entscheidung über Ersatzansprüche der Beamtin oder des Beamten oder der Hinterbliebenen gegen den Täter abgeschlossen wird, oder

2. solche Ersatzansprüche der Beamtin oder des Beamten im Zivilrechtsweg nach Prüfung des Bestandes der Ansprüche rechtskräftig zugesprochen werden.

(2) Ein Vorschuss nach Abs. 1 Z 1 und Z 2 ist höchstens bis zum 27-fachen Referenzbetrag gemäß § 3 Abs. 4 für Heilungskosten, Schmerzengeld sowie für jenes Einkommen, das der Beamten wegen der erlittenen Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung entgangen ist oder künftig entgeht, zu leisten.

(3) Das Schmerzengeld und das Einkommen gemäß Abs. 2 umfassen auch die jeweils bis zur rechtskräftigen Entscheidung über Ersatzansprüche anfallenden Zinsen.

(4) Ist eine gerichtliche Entscheidung über die Ansprüche gemäß Abs. 2 unzulässig, kann diese nicht erfolgen oder ist diese ohne Prüfung des Bestandes der Ansprüche erfolgt, hat die Dienstbehörde nach Prüfung des Bestandes der Ansprüche die Heilungskosten sowie jenes Einkommen, das der Beamten wegen der erlittenen Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung entgangen ist oder künftig entgeht, zu ersetzen. Die Zahlung von Schmerzengeld ist nach Prüfung des Bestandes der Ansprüche höchstens bis zum fünffachen Referenzbetrag gemäß § 3 Abs. 4 möglich. Die Gesamtkosten dürfen jedoch jene gemäß Abs. 2 nicht überschreiten.

(5) Die vorläufige Leistungspflicht des Bundes besteht nur insoweit, als die Ansprüche der Beamten nicht durch die gesetzliche Unfallversicherung oder nach dem Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, gedeckt sind.

(6) Die Ansprüche der Beamten gegen die Täterin oder den Täter gehen, soweit sie vom Bund bezahlt werden, durch Legalzession auf den Bund über."

2. Die Gesetzesmaterialien zur Dienstrechts-Novelle 2018, BGBl. 60/2018, (RV 196 BlgNR 26. GP, 9 f.) führen dazu auszugsweise wie folgt aus:

"Zu §23a GehG, zu dem den §25a betreffenden Eintrag des Inhaltsverzeichnisses und zu §25a VBG:

Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken über die Rechtsnatur der bislang als Auslobung gestalteten rechtlichen Ansprüche bei Dienst- und Arbeitsunfällen erfolgt die Eingliederung der Kernbestimmungen des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes-WHG, BGBl. Nr. 177/1992, in das GehG. Unter einem erfolgt die Einarbeitung der Bestimmung des §83c GehG.

Die Hilfeleistungen des Bundes sind von Amts wegen für alle Bundesbediensteten (Beamten und Beamte sowie Vertragsbedienstete) gleichermaßen zu erbringen, weil in den vergangenen Jahren neben anderen Dienst- und Arbeitsunfällen vermehrt tätliche Übergriffe auf Bedienstete festzustellen sind, die nicht ausschließlich einer gefahrgeneigten Tätigkeit nachgehen und derartigen Angriffen schutzlos ausgesetzt sind. Dies zeigt nicht zuletzt die ansteigende Zahl an Übergriffen etwa auf Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher oder die tragische Ermordung einer Rechtspflegerin durch eine Partei. §23a GehG enthält die Voraussetzungen, die für die Erbringung der besonderen Hilfeleistung durch den Bund vorliegen müssen.

[...]

Zu §23b GehG:

Als besondere Hilfeleistungen für Bundesbedienstete ist die vorläufige Übernahme von Ansprüchen durch den Bund vorgesehen. Mit der Neuregelung übernimmt der Bund vorläufig einerseits Ansprüche, die im Zuge eines Straf- oder Zivilrechtsverfahrens nach Prüfung des Bestandes der Ansprüche zuerkannt worden sind. Um weitere Streitigkeiten und mögliche finanzielle Nachteile hintanzuhalten, wird klargestellt, dass nur solche Entscheidungen Bindungswirkung entfalten, in denen der Bestand der geltend gemachten Ansprüche geprüft wurde. Darüber hinaus wird auch die Zahlung von Heilungskosten sowie jenes Einkommens, das der oder dem Bundesbediensteten wegen der erlittenen Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung entgangen ist oder künftig entgeht, wenn über die Zuerkennung solcher Ansprüche eine gerichtliche Entscheidung unzulässig ist oder nicht erfolgen kann, weil etwa der Täter unbekannt oder flüchtig ist, vom Bund bevorsusst. Damit wird auch dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, G339/2015, vom 15.10.2016 Rechnung getragen. Gleichzeitig erfolgt neben einer Erweiterung des Anwendungsbereiches der Regelung auf alle Bundesbediensteten eine Implementierung des bisherigen §83c.

[...]"

3. Im vorliegenden Fall ist strittig, ob der Bund auf der Grundlage der §§ 23a und 23b GehG 1956 als besondere Hilfeleistung einen Vorschuss (die vorläufige Übernahme von Ansprüchen) zu leisten habe.

Der belannten Behörde ist zuzustimmen, wenn sie ausführt, dass die Änderung der gesetzlichen Grundlagen mit der Dienstrechts-Novelle 2018, BGBl. I Nr. 60/2018, keinesfalls zur Auslegung führen könnte, dass nunmehr alle Unfälle, die sich während der Dienstzeit ereignen, die Voraussetzungen für eine Zuerkennung der besonderen Hilfeleistung nach den §§ 23a und 23b GehG 1956 erfüllten. Vielmehr geht aus dem Gesetzestext in Verbindung mit den oben wiedergegebenen erläuternden Bemerkungen zur Dienstrechts-Novelle 2018 klar hervor, dass es für die Zuerkennung einer besonderen Hilfeleistung nach diesen Bestimmungen (weiterhin) einer Fremdeinwirkung bedarf (RV 196 BlgNR 26. GP, 9 f.).

Voraussetzung einer besonderen Hilfeleistung nach den §§ 23a und 23b GehG 1956 ist daher, dass der Schaden dem Beamten durch eine andere Person zugefügt worden ist. Eigenverschulden des Beamten bzw. ein Schaden ohne das Zutun einer anderen Person schließen folglich von vornherein einen Anspruch auf besondere Hilfeleistung nach diesen Gesetzesbestimmungen aus.

Der Beschwerdeführer erlitt in Ausübung unmittelbarer Dienstpflichten (im Rahmen der Pflege und Haltung mit Diensthunden gemäß der PDHV 2015) einen Dienstunfall, jedoch liegt keine Fremdeinwirkung vor, da ein Diensthund keiner natürlichen Person gleichgestellt werden kann.

Im gegenständlichen Fall sind daher die Voraussetzungen für die Zuerkennung einer besonderen Hilfeleistung nach den §§ 23a und 23b GehG 1956 nicht erfüllt.

Die Beschwerde ist daher als unbegründet abzuweisen.

Zu B) Zulässigkeit der Revision:

Gemäß § 25a Abs. 1 VwGG hat das Verwaltungsgericht im Spruch seines Erkenntnisses oder Beschlusses auszusprechen, ob die Revision gemäß Art. 133 Abs. 4 B-VG zulässig ist. Der Ausspruch ist kurz zu begründen.

Die Revision ist gemäß Art. 133 Abs. 4 B-VG zulässig, weil die Entscheidung von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, weil es an einer Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes fehlt. Insbesondere fehlt es an einer Rechtsprechung zur mit der Dienstrechtsnovelle 2018, BGBl. I Nr. 60/2018, erfolgten gesetzlichen Neugestaltung der besonderen Hilfeleistung gemäß §§ 23a ff. GehG 1956.

Schlagworte

besondere Hilfeleistung besondere Hilfsleistung für Wachebedienstete dienstliche Aufgaben Dienstunfall
Exekutivdienst Exekutivdiensttauglichkeit Fremdeinwirkung Gesundheitsschädigung Hilfeleistung Körperverletzung
Krankenstand Polizist Revision zulässig Verdienstentgang Vorschuss

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:BVWG:2020:W221.2229291.1.00

Im RIS seit

29.09.2020

Zuletzt aktualisiert am

29.09.2020

Quelle: Bundesverwaltungsgericht Bwg, <https://www.bwg.gv.at>